

Steuer- und Wirtschaftspolitik

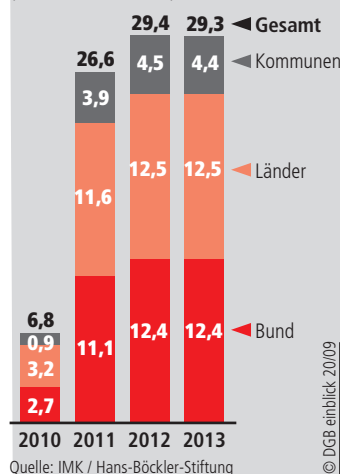
Keine Billigstrategie nach innen

Die Redensart „Nomen est omen“ wird wohl für den Namen des ersten schwarz-gelben Gesetzespakets Pate gestanden haben. Oder zumindest die Hoffnung, dass sich diese Redensart bewahrheitet: „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ nennt die Bundesregierung das, was sie als „Sofortmaßnahmen“ zusammengeschnürt hat. Der Kinderfreibetrag soll angehoben, das Kindergeld leicht erhöht werden. Steuererleichterungen gibt es bei der Erbschaftssteuer, der Unternehmensbesteuerung und der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe.

Vor allem die Steuersenkungspläne stoßen auf deutliche Kritik des DGB: Die Bundesregierung beschleunige damit nicht das Wachstum, sondern die öffentliche Armut, meint DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. „Von den Steuersenkungen profitieren überwiegend Besserverdienende“, so Matecki. Die hätten aber eine besonders hohe Sparquote: „Reiche sparen mindestens jeden vierten Euro. Die Steuergeschenke landen also auf dem Sparbuch.“ Wirt-

Milliarden-Minus

Mindereinnahmen der öffentlichen Haushalte durch die von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen (in Milliarden Euro)



schaftswachstum werde dadurch nicht gefördert.

Gleichzeitig entziehen die schwarz-gelben Steuerpläne den öffentlichen Kassen aber Milliardenbeträge. Denn dass sich die Steuersenkungen durch das erhoffte Wachstum von selbst refinanzieren, ist mehr als unwahrscheinlich. „Dafür wäre ein Wirtschaftswach-

Auch Ländern und Kommunen werden durch die Steuerpläne der Bundesregierung Mittel in Milliardenhöhe fehlen.

tum von rund 4,5 Prozent im kommenden Jahr nötig“, so Matecki. „Das ist jenseits jeder realistischen Annahme.“

Auch wirtschaftspolitisch habe die neue Koalition keine Antworten auf den weltweiten „ökonomischen Strukturwandel“ in Folge der Krise zu bieten: In vielen Ländern, die bisher aus Deutschland importiert hätten, würden sich sowohl Unternehmen als auch VerbraucherInnen jetzt zunächst entschulden. Jeder Dollar und Euro, der in diesen Ländern in die Entschuldung fließe, fehle aber für den Kauf deutscher Autos und Maschinen, so Matecki.

Die bisher stark exportabhängige deutsche Wirtschaft müsse ihr Wachstum deshalb künftig besser ausbalancieren. Deutschland müsse die Spaltung der Volkswirtschaft in eine „hoch wettbewerbsfähige Exportindustrie“ und eine „billige binnenmarktorientierte Dienstleistungsökonomie“ überwinden, fordert Matecki. Dafür müsse auch das staatliche Investitionsniveau wieder steigen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheit und den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade dafür brauche der Staat aber eine breitere Finanzierungsbasis – und keine Steuersenkungen. „Nicht weniger Steuern, sondern höhere Steuern für Bezieher hoher Einkommen, für Vermögende und profitable Unternehmen sind das Gebot der Stunde“, so Matecki. •

plusminusBERLIN

+ Aydan Özoguz (SPD) kritisiert, dass Frauen mit Kopftuch oft „das Bild übergestülpt“ werde, sie seien unterdrückt. Vielmehr gebe es viele gut ausgebildete und von ihren Familien unterstützte Migrantinnen, die nur aufgrund ihres Kopftuches kaum berufliche Perspektiven hätten.

- Die Verkürzung des Wehrdienstes wird auch tausende Planstellen von Zivildienstleistenden verschwinden lassen. Für Heinz Lanfermann (FDP) kein Grund, reguläre Arbeitsplätze zu schaffen: Das lasse sich durch TeilnehmerInnen an einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) ausgleichen.

Seite 3

Koalitionsvertrag enttäuschend

Die DGB-Jugend kritisiert Schwarz-Gelb für die geplante Einschränkung des Jugendarbeitsschutzes und für das geringe Interesse an „jungen“ Themen

Seite 5

Solidarität mit Guinea

Das westafrikanische Land versinkt im Chaos. Die herrschenden Militärs gehen brutal gegen die Opposition vor. Die Gewerkschaften fordern wirkungsvolle Sanktionen

Seite 7

Erfolg der Unsichtbaren

Michael Knoche-Gattringer (IG BAU) erläutert den Hintergrund des erfolgreichen Tarifkonflikts in der Gebäudereinigung



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/275.html
Übersicht des WSI zum Weihnachtsgeld 2009

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Solidaritätsadresse des DGB an die MitarbeiterInnen von Opel

? ...nachgefragt



Foto: DGB

Anfang November hat Tschechien als letzter EU-Staat den Lissabon-Vertrag ratifiziert. Er kann nun – wie vorgesehen – im Dezember in Kraft treten. Nicht nur die EU-Staaten sind erleichtert, auch die europäischen Gewerkschaften, die sich für den Reformvertrag eingesetzt haben. Ende gut, alles gut? Das fragte einblick den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

Mitnichten. Zwar kann der Reformvertrag von Lissabon nun in Kraft treten, was wir sehr begrüßen. Er macht die EU handlungsfähiger und demokratischer. Aber der Preis für die Unterschrift des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus ist hoch – die EU-Grundrechtecharta gilt für die Tschechen nur eingeschränkt. Ein Unding – wir sind da einer Meinung mit unserer tschechischen Schwestergewerkschaft ČMKOS, die fordert: „Wir wollen keine EU-Bürger zweiter Klasse sein.“

Insgesamt ist der Lissabon-Vertrag aber ein Schritt in die richtige Richtung: Die Grundrechtecharta wird rechtsverbindlich, der Vertrag hebt die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge hervor und stärkt die Rolle des EU-Parlamentes. Dennoch schafft er keine neue Balance zwischen den sozialen und wirt-

schaftlichen Zielen der EU. Die europäische Sozialpolitik wird nur symbolisch aufgewertet. Sie unterliegt in den Mitgliedstaaten weiterhin den Auswirkungen des Binnenmarktes und der Währungsunion. Deshalb müssen jetzt weitere Schritte folgen: Seit langem fordern die europäischen Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in allen EU-Verträgen, die den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sicherstellt.

Die Möglichkeiten, eine solche Klausel durchzusetzen, sind mit dem Regierungswechsel in Deutschland nicht besser geworden. Der europapolitische Teil des Koalitionsvertrages ist eine Kampfansage an alle, die ein soziales Europa wollen. Die Koalition setzt nur auf den Ausbau des Binnenmarktes. Sozialpolitik soll allein Sache der Nationalstaaten sein. Damit bleibt Schwarz-Gelb noch hinter dem Lissabon-Vertrag zurück, der von einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft ausgeht, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Wir erwarten von der Bundesregierung und insbesondere von der Kanzlerin, das soziale Europa nicht nur in Sonntagsreden zu beschwören, sondern tatsächlich voranzutreiben – zum Beispiel mit einer Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach einer sozialen Fortschrittsklausel.

häufiger als Verkehrsmittel nutzen – Voraussetzung wäre allerdings eine bessere Förderung des Radverkehrs und entsprechender städtischer (Rad-)Verkehrswege. Dieses Potenzial müsse die Politik nutzen, so der ADFC. Als einziges emissionsfreies Fahrzeug sei Radfahren auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Die Bundesregierung müsse den bis 2012 laufenden „Nationalen Radverkehrsplan“ (NRVP) unbedingt verlängern. Unter den deutschen ArbeitnehmerInnen liegt der Anteil derer, die das Rad für den Weg zur Arbeit nutzen, gerade einmal bei 8,3 Prozent – und ist seit über zehn Jahren fast unverändert (siehe Grafik Seite 8).

Duale Ausbildung

Im Osten zu selten

Auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall sei die duale Berufsausbildung in Ostdeutschland „weiterhin ungenügend verankert“, meldet das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Eine aktuelle BIBB-Studie habe gezeigt, dass die nach 1989 notwendige Umstrukturierung der Berufsausbildung „trotz finanzieller Förderung nicht befriedigend gelungen ist“. Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland sei immer noch von einem zu hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsstellen und einem zu niedrigen Anteil selbst ausbildender Betriebe und Unternehmen geprägt.

Auch der DGB hat zwei aktuelle Studien anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Mauerfalls herausgegeben, die sich mit der Arbeitsmarktsituation im Osten Deutschlands beschäftigen. Die erste Studie nimmt Beschäftigungsquoten und Einkommen, die zweite Arbeitslosigkeit und Hartz IV genauer unter die Lupe. Das ernüchternde Resümee: Der deutsche Arbeitsmarkt ist immer noch geteilt.

Die Studien online:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gesetzgebung

Externe sind Trend

Externe Dienstleister wie Anwaltskanzleien oder Unternehmensberatungen an der Erarbeitung von

Gesetzestexten zu beteiligen ist ein Trend, der sich in der Bundesrepublik vor allem in diesem Jahrzehnt massiv verbreitet hat. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. In den 1990er Jahren habe es demnach nur einen

einigen entsprechenden Fall gegeben, seit dem Jahr 2000 hingegen 60 Fälle.

„Spitzenreiter“ ist das Bundesumweltministerium (BMU), das seit 2000 insgesamt 35-mal Externe in die Erarbeitung von Gesetzen eingebunden hat. Dem entsprechend liegt das BMU auch bei den insgesamt an Externe gezahlten Honoraren mit über 3,6 Millionen Euro vorn. Es folgen das Verkehrsministerium mit über zwei Millionen und das Innenministerium mit fast 500 000 Euro.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

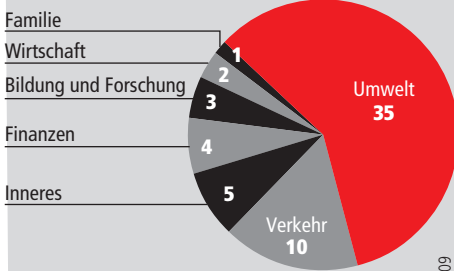
Verkehrspolitik

Mehr Rad, weniger Emission

Laut einer aktuellen Studie des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) würde ein Drittel aller Deutschen das Fahrrad gerne

Lex Extern

Zahl der Bundesgesetze, an deren Erarbeitung externe Dienstleister (z.B. Anwaltskanzleien) beteiligt waren, nach verantwortlichen Bundesministerien* (Jahre 2000-2009)



*Ohne entsprechende Fälle waren nach eigenen Angaben die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Verteidigung, Gesundheit, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Justiz sowie das Auswärtige Amt.
Quelle: Deutscher Bundestag; Angaben der Ministerien

© DGB einblick 20/09

Für externe Berater und Dienstleister bei der Erarbeitung von Gesetzestexten gaben Bundesministerien bisher mindestens 6,3 Millionen Euro aus. Das Finanz- und das Wirtschaftsministerium machten keine Angaben zu Kosten. Sieben Ministerien kamen nach eigenen Angaben bisher ohne honorarpflichtige externe Hilfe bei Gesetzesvorhaben aus.

Koalitionsvertrag enttäuschend

In Sachen Jugend ist der Koalitionsvertrag eine Nullnummer – frohlocken dürfen hingegen die Arbeitgeberverbände im Gastgewerbe. Schwarz-Gelb will den Jugendarbeitsschutz einschränken. Die zunehmend prekäre Arbeitswelt der jungen Generation ist ein Schwerpunkt der DGB-Bundesjugendkonferenz Mitte November in Göttingen.

Im eher unverdächtigen Abschnitt „Tourismus“ des Koalitionsvertrages kündigt Schwarz-Gelb Einschnitte beim Jugendarbeitsschutz an. „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut“, heißt es dort. Näher wird dieser Punkt nicht ausgeführt – die Arbeitgeberverbände der Branche dürfen sich

trotz allem freuen. Joachim Langecker, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), stellt klar: „Es gibt keine Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe, es werden genug junge Menschen ausgebildet. Mit einer Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes werden diese Ausbildungsberufe aber sicher nicht attraktiver. Hier haben FDP und

Arbeitgeberverband lang gehegte Ziele durchgesetzt – wie längere Schichtzeiten und vor allem die Verlängerung der Arbeitszeit bis 23 Uhr für Azubis unter 18 Jahren.“ Die NGG lehne diesen Vorstoß strikt ab, so Langecker.

Fakt ist, dass gerade im Hotel- und Gaststättenbereich bereits sehr flexible Regelungen gelten. Die Folge: Schon jetzt klagen viele Azubis in dieser Branche über schlechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, wie die DGB-Jugend im Ausbildungsreport 2009 feststellt. Die Ausbildungsberufe Restaurantfachmann/-frau und Hotelfachmann/-frau sind die Schlusslichter im aktuellen Ranking von 25 untersuchten Berufen – Köchinnen und Köche tauchen gerade mal im unteren Mittelfeld auf. Besonders Ausbildungszeiten und Überstunden werden von den Azubis als sehr schlecht bezeichnet – die drei Berufsbilder tragen in diesem Punkt die rote Laterne.

Neben diesem Vorhaben sieht der Koalitionsvertrag keinerlei Maßnahmen vor, um die Lebens- und Arbeitssituation der jungen Generation zu verbessern. Die DGB-Jugend kritisiert in ihrer Bewertung des Vertrages das geringe Interesse von Schwarz-Gelb an den Themen, die junge Menschen bewegen. So gibt es keine positiven Fortschritte bei Praktika, Leiharbeit und Befristungen. Besonders in der Kritik stehen die Weiterentwicklung des Ausbildungspakts und die Modularisierung der Ausbildung. Letzteres meint die Zergliederung der Ausbildung in kleine Einheiten mit jeweils unterschiedlichen Abschlusszertifikaten für jedes absolvierte Modul. Die DGB-Jugend lehnt diesen Weg strikt ab. •

Wir sind dran!

Eine sichere und planbare berufliche Zukunft für junge Menschen, das fordert die DGB-Jugend. Unter dem Motto „Gute Ausbildung, Gute Arbeit, Gutes Leben – Wir sind dran“ trifft sich die Gewerkschaftsjugend vom 19.-21. November in Göttingen zur DGB-Bundesjugendkonferenz.

Knapp 120 Delegierte werden über fünf Leiteträger abstimmen, deren Ziel es ist, die Lebens- und Arbeitssituation der jungen Generation zu verbessern. Unter anderem befassen sich die Anträge mit der weiterhin schlechten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und den nötigen Gegenmaßnahmen, mit den Arbeitsbedingungen von Berufseinsteigern und mit einer gerechten Ausgestaltung des Bildungssystems, die Teilhabe, Sicherheit und Chancengleichheit gewährleistet.

Weitere Infos zur Konferenz und zu den Forderungen der DGB-Jugend unter www.dgb-jugend.de und www.einblick.dgb.de

Fragen an

DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf, 34, zur Bewertung des schwarz-gelben Koalitionsvertrags aus Sicht der DGB-Jugend und zur Bundesjugendkonferenz.

■ **Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag liegt vor. Wie bewertet die DGB-Jugend die Vorhaben der neuen Bundesregierung?**

■ *Aus Jugendsicht ist der Vertrag enttäuschend – insgesamt ist nicht zu erkennen, dass die neue Regierung sich für die junge Generation einsetzen will. Sie will den Ausbildungspakt fortsetzen, plant gravierende Einschnitte beim Jugendarbeitsschutz, eine weitere Flexibilisierung der Arbeitswelt und eine Modularisierung der Ausbildung – das ist aus unserer Sicht nicht tragbar.*

■ **Was setzt ihr dagegen?**

■ *Aus unserer Sicht ist der Ausbildungspakt gescheitert. Die jährlichen Pakt-Zahlen entsprechen nicht der Realität. Unsere zentrale Forderung lautet „Ausbildung für alle“. Dazu brauchen wir endlich eine ehrliche Bilanz, in der alle BewerberInnen auftauchen. Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen in die Pflicht genommen werden. Außerdem muss der Kampf gegen prekäre Beschäftigung intensiviert werden – denn Praktika, Leiharbeit und Befristung prägen die Lebensrealität vieler Jugendlicher. Die DGB-Jugend macht sich stark für eine gute Ausbildung, einen sicheren Berufseinstieg und damit Planbarkeit und Sicherheit für junge Menschen.*

■ **Welche Impulse sollen von der Bundesjugendkonferenz ausgehen?**

■ *Im Kern wird es um die Fragen gehen: In welcher Welt wollen wir – die junge Generation – leben? Und: Wie kann die DGB-Jugend Vorreiter für die Anliegen der jungen Generation werden? Wir werden diskutieren, wie wir das umsetzen können, mit welchen Partnern wir zusammenarbeiten. Die DGB-Jugend will eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunftsperspektiven der jungen Generation.*

Broschüre

Schule der Zukunft

Mit der DGB-Broschüre „Konsequenz: Eine gute Schule für alle – Gewerkschaften zur Schule der Zukunft“ mischen sich die Gewerkschaften in die aktuellen schul- und bildungspolitischen Debatten ein. Auf 48 Seiten analysieren sie umfassend die aktuelle Situation und präsentieren die gewerkschaftlichen Reformvorstellungen. Im Mittelpunkt steht dabei immer das längere gemeinsame Lernen in „ei-

interregio

••• Der **DGB Nord**, die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) laden am 9. Dezember zum **2. Nordforum** „Und die Moral von der Geschichte?“ nach Kiel ein. Gewerkschaften und Kirchen wollen mit dem Forum in einen Dialog über „zukunftsfähiges Wirtschaften“ treten, der angesichts der Wirtschaftskrise unerlässlich sei.

www.nord.dgb.de/veranstaltungen.php

••• Die **DGB-Region Köln-Bonn** und der ver.di-Bezirk Köln veranstalten gemeinsam am 25. November den **4. Kölner Mitbestimmungstag**. Mitdiskutieren wird bei der Veranstaltung unter anderem der neue Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD). Die Themen des Mitbestimmungstags reichen von der Zukunft kommunaler Unternehmen über Industriepolitik bis zur aktuellen Haushaltslage der Kommunen. Kurz vor dem „Kölner Mitbestimmungstag“ lädt die DGB-Region Köln-Bonn, die Anfang Oktober aus den beiden Regionen Köln-Leverkusen-Erft-Berg und Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg hervorgegangen ist, am 22. November zur Matinée „60 Jahre DGB in Köln“ ein.

www.region-koeln-bonn.dgb.de

ner Schule für alle“. Dass die vorgestellten Alternativen zum heutigen Schulsystem machbar sind und die Bildungslandschaft nachhaltig verbessern, belegt die Broschüre mit diversen Interviews und Beispielen guter Praxis. Sie kann für 1,50 Euro zuzüglich Porto- und Versandkosten online bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Betriebsratswahl

Frauen wählen

Die aktuelle Ausgabe des DGB-Info-Briefs *Frau geht vor* (3/2009) stellt die Betriebsratswahlen im kommenden Jahr in den Mittelpunkt. „Gute Arbeit kannst du wählen – Frauen Bestimmt!“ – unter diesem Titel schildern Betriebsrätinnen aus sechs DGB-Gewerkschaften ihre Er-

Wettbewerb

Personalräte-Preis

Die Zeitschrift *Der Personalrat* hat für das kommende Jahr erstmals den Deutschen Personalräte-Preis ausgelobt. Unter dem Motto „Innovative Personalratsarbeit auch in schwierigen Zeiten“ sollen beispiel-

hafte Initiativen und Projekte ausgezeichnet werden. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 30. Juni 2010 online eingereicht werden. •

www.dprp.de

fahrungen und ihre Probleme, aber auch ihre Erfolge in der betrieblichen Mitbestimmung. Die Porträts zeigen: Gleichstellungsthemen sind auch in männerdominierten Branchen angekommen. Deutlich wird allerdings auch: Es gibt noch viel zu tun. Mit aktuellen Meldungen und weiterführenden Materialien lieferte der Info-Brief allen Engagierten und Interessierten nützliche

Information für die anstehenden Wahlen. Das Ziel: Die Wahlbeteiligung – auch von Frauen – bei den Betriebsratswahlen zu steigern und für einen höheren Frauenanteil in betrieblichen Mitbestimmungsgremien zu werben. Der Info-Brief kann für 50 Cent zuzüglich Porto- und Versandkosten online bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

? ... nachgefragt



In Hamburg soll ein Wohnheim für bis zu 632 Auszubildende entstehen. Ausgegangen ist die Initiative von Aktiven der Hamburger Gewerkschaftsjugend. einblick hat Olaf Schwede, 28, Jugendbildungsreferent beim DGB Hamburg und Vorsitzender des Trägervereins „Ausbildungsstart e.V.“, gefragt: Wie entstand das Projekt – und wie geht es voran?

Die Idee für das Projekt ist aus konkreten Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit entstanden. Vierzig bis fünfzig Prozent der Auszubildenden in Hamburg kommen von außerhalb. Für viele ist es kaum möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der krassste – uns bekannte – Fall ist der einer Auszubildenden, die für eine Matratze im Wohnzimmer 250 Euro im Monat gezahlt hat. Unser Ansatz war: Wir wollen jungen Menschen die Aufnahme einer Ausbildung in Hamburg ermöglichen – mit einem Umfeld, das ihren Bedürfnissen entspricht. Das geplante Wohnheim berücksichtigt deshalb auch soziale Aspekte: Die Mieten sollen sich an der Berufsausbildungsbeihilfe orientieren, also der Beihilfe, die Auszubildende bekommen, wenn sie nicht bei den Eltern wohnen können. Zentrales Element des Projekts ist außerdem ein umfassendes pädagogisches Konzept. Die Jugendlichen sollen in Wohngruppen ein soziales Umfeld aufbauen und soziale Kompetenzen stärken, fest angestellte Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen sie dabei. Der echte Startschuss für das Projekt war die Gründung des Vereins „Ausbildungsstart e.V.“ Ende 2008.

Inzwischen ist ein Baugrundstück in Hamburg-Rothenburgsort gefunden, die Architekten sitzen an der Planung und im Frühjahr 2010 soll der Bau starten. Natürlich kostet ein Projekt dieser Größenordnung einiges – nicht zuletzt deshalb, weil wir hohe Qualitätsansprüche setzen: Zum Beispiel soll das Gebäude energetisch modern und nachhaltig von regionalen und tarifgebundenen Unternehmen gebaut werden. Mit dem Verein ist es uns gelungen, politische Netzwerke und Unterstützer zu organisieren, so dass wir uns an die Umsetzung machen konnten. Insgesamt brauchen wir 37 Millionen Euro und haben inzwischen genügend Investoren aus der Wirtschaft gefunden – darunter auch Inhaber ausbildender Betriebe. Dabei hat uns vor allem der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs unterstützt. Besonders wichtig ist uns, dass die Betreiberstruktur des Wohnheims künftig eine breite, gesellschaftliche Basis bekommt. Positive Reaktionen haben wir schon aus dem Bezirksamt und aus der Handwerkskammer bekommen. Wir suchen laufend weitere Partner. Ziel ist, eine Stiftung zu gründen, die die Trägerschaft übernimmt und die uns die Durchführung weiterer Projekte für Jugendliche und Auszubildende ermöglicht.

GEWERKSCHAFTEN

Militärjunta in Guinea

Gewerkschaften fordern Sanktionen

Das westafrikanische Guinea versinkt im Chaos. Die herrschende Militärjunta geht brutal gegen die Opposition vor, in der die Gewerkschaften eine wichtige Rolle haben. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert wirkungsvolle Sanktionen gegen die Junta.

Am 28. September hatten Zehntausende in der Hauptstadt Conakry gegen Präsident Moussa Dadis Camara demonstriert, der Ende 2008 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war. Sie protestierten gegen das Vorhaben des Junta-Chefs, bei den Präsidentenwahlen im Januar anzutreten. Während der Kundgebung eröffneten Polizei und Militär das Feuer auf die Demonstranten. Über 150 Menschen wurden ermordet und 1200 verletzt. Viele protestierende Frauen wurden brutal vergewaltigt.

Seit dem Massaker herrscht blanke Gewalt im Land. Zahlreiche Menschen wurden willkürlich verhaftet. Vor allem gegen oppositionelle PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und JournalistInnen richtet sich der Terror. Unmittelbar nach dem Massaker hatte der IGB die brutale Repression scharf verurteilt und harte Sanktionen gefordert. Mittlerweile hat der IGB-Vorstand diese Forderungen in ei-

ner Resolution bekräftigt. Weltweit gab es scharfe Reaktionen. Die Afrikanische Union, die EU und die USA haben zwischenzeitlich Sanktionen gegen Guinea erlassen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat eine Untersuchungskommission ernannt, die das Massaker untersuchen soll.

Doch scheinbar ungerührt von den Sanktionen hat die Junta ih-



Rabatou Sera Diallo, Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes CNTG in Guinea, forderte am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, gemeinsam mit GewerkschaftskollegInnen aus aller Welt in Berlin die Einhaltung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten.

ren Kurs nicht geändert. Die tägliche Bedrohung der Bevölkerung reißt nicht ab, auch wenn Camara öffentlich die hohe Zahl der Toten beim Massaker bedauert hat. Guinea gehört zu den ärmsten Ländern der Welt – die Hälfte der Bevölkerung lebt von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Dabei verfügt das Land über enorme Bodenschätze. Und das macht es für Investoren attraktiv – ungeachtet des Ausnahmezustandes hat ein chinesisches Unternehmen gerade mit der Junta Investitionen in Höhe von 7 Milliarden Dollar vereinbart. •

„Die weltweite Solidarität gibt Rückhalt“

Noch wenige Stunden vor Beginn der IGB-Vorstandssitzung in Berlin Anfang Oktober war nicht klar, ob es Rabatou Sera Diallo, der Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes CNTG in Guinea, gelingen würde, auszureisen. Dank der Unterstützung des deutschen Botschafters glückte es ihr in letzter Minute. Doch mit ihren Gedanken war sie auch in Berlin bei ihrer Familie und ihren KollegInnen zu Hause. Ein „normales“ Familienleben könnten GewerkschafterInnen in Guinea schon seit langem nicht führen. Mit dem Massaker in Conakry habe sich die Situation extrem verschärft. „Die Menschen wurden von marodierenden Militärs wie Tiere abgeschlachtet“, sagt sie. Vor allem gegen Frauen richtete

sich die Gewalt, zahlreiche Frauen wurden brutal vergewaltigt.

Es braucht viel Kraft, Gewerkschaftsführerin in einem Land zu sein, in dem mehr als 90 Prozent der Menschen Muslime sind und das zu den ärmsten Ländern der Welt zählt. Rückhalt gebe ihr die Unterstützung, die sie von den internationalen Gewerkschaften erfahre: „Die IGB-Resolution zu Guinea zeigt uns, dass wir in unserem Kampf für Demokratie und freie Wahlen nicht allein sind.“ Von den PolitikerInnen in aller Welt, in der EU, in Deutschland fordert sie wirksame Sanktionen gegen das Militärregime und humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung. Sie danke dem DGB, dass sie beim Treffen mit

der deutschen Kanzlerin diese auf die Situation in ihrer Heimat aufmerksam machen konnte.

„Ich weiß nicht, was mich erwartet, wenn ich nach Guinea zurückkehre“, erklärte Diallo kurz vor ihre Abreise aus Berlin. „Ich habe keine Angst, zu sterben.“ Umso mehr Sorgen macht sie sich um ihre Kinder und Enkel. Wie andere Oppositionelle in Guinea bemüht sie sich darum, sie außer Landes zu bringen. Diallo hat ihre Rückkehr nach Guinea überlebt, ihre Familie hat inzwischen das Land verlassen. Doch entscheidende Fortschritte hat es mehr als einen Monat später keine gegeben, erklärte Diallo Anfang November bei einer ILO-Verwaltungsrats-Sitzung in Genf.

Gewerkschaftsrechte weltweit

Jedes Jahr veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) einen Bericht zur Verletzung von Gewerkschaftsrechten weltweit. Der Bericht von 2009 zeigt: Nach wie vor werden in vielen Staaten auf allen Kontinenten GewerkschafterInnen in ihrer Arbeit behindert, bedroht oder sogar getötet.

Aktuellster Fall: Lovemore Matombo, Präsident des Gewerkschaftsbundes ZCTU in Simbabwe, wurde am 9. November gemeinsam mit zwei weiteren Gewerkschaftsfunktionären festgenommen. Der Vorwurf: Er habe eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten, die nicht bei der Polizei angemeldet gewesen sei. Der IGB-Generalsekretär Guy Ryder und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer haben unverzüglich in Protestschreiben an Simbabwes Präsidenten Robert Mugabe die sofortige Freilassung gefordert.

Aktuelle Solidaritätskampagnen der Gewerkschaften:
www.gute-arbeit-weltweit.de
Weitere Hintergrundinformationen und Links:
www.einblick.dgb.de

Der DGB ruft zu Solidaritätsspenden für die Gewerkschaften in Guinea auf. Spendenkonto: Verein „Gewerkschaften helfen“, SEB Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Konto 1 756 906 400. Unbedingt Stichwort „Guinea“ angeben.

kurz&bündig



Die Transfergesellschaft für Weiterbildung TRANSMIT

veranstaltet am 2. Dezember in Berlin eine Fachkonferenz zu „Konsequenzen aus der Datenschutzaffäre“ beim Bahn-Konzern. Auf ihr werden den betrieblichen InteressenvertreterInnen der Bahn unter anderem die Ermittlungsergebnisse der im Datenskandal eingesetzten „Sonderermittler“, Herta Däubler-Gmelin und Gerhart Baum, präsentiert.



Angesichts der drastisch steigenden Gewalt in und um

Fußballstadien fordert die GdP die Einführung einer „Schwarzen Liste“ der Vereine, in deren Umfeld es vermehrt zu Ausschreitungen kommt. So sollen die Vereine dazu bewegt werden, selbst aktiver gegen Gewalt im Umfeld der Spiele ihrer Mannschaften vorzugehen.



Die IG BCE fordert von der neuen roten Koalition in

Brandenburg ein klares Bekenntnis zur Braunkohle. Mit diesem heimischen Energieträger könnten viele Arbeitsplätze gesichert werden.



Die ver.di-Jugend hat Bundeskanzlerin Merkel zu ihrer Wiederwahl eine überdimensionale Glückwunschkarte vor dem Reichstag präsentiert. Mit den Worten „Sie haben jetzt 3 Monate Probezeit, dann sehen wir weiter“ machte die Gewerkschaftsjugend auf ihre Forderungen aufmerksam – unter anderem ein Grundrecht auf Ausbildung.

VW

Beteiligungs-Charta

Der VW-Konzern hat mit dem Europäischen Konzernbetriebsrat und dem Weltkonzernbetriebsrat des Unternehmens sowie dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund IMF eine „Charta der Arbeitsbeziehungen“ unterzeichnet. Sie regelt erstmals für VW-Standorte weltweit betriebliche Beteiligungsrechte „demokratisch gewählter Arbeitnehmervertretungen“. Die Charta legt insgesamt acht Bereiche fest, für die eine Beteiligung der Arbeitnehmerseite garantiert werden muss. Dazu gehören unter anderem personelle Regelungen, Vergü-

tungssysteme, Aus- und Weiterbildung, sowie Arbeitssicherheit. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

IG BCE

Kündigungen vermeiden

Der neu gewählte geschäftsführende Hauptvorstand der IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) haben in einem ersten „Spitzentreffen“ Ende Oktober das gemeinsame Kommuniké „Chemie-Sozialpartnerschaft: Gemeinsam mehr erreichen“ verabschiedet. Es bekräftigt unter anderem, dass trotz Krise betriebsbedingte Kündigungen in der Chemie-Branche die „ultima ratio“ bleiben. •

dju-Journalistentag

Vom Wert der Arbeit

Am 28. November lädt die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di zum 23. Journalistentag nach Berlin ein. Unter dem Motto „Vom Werte unserer Arbeit“ sollen die gesellschaftliche Funktion des Journalismus und die Voraussetzungen, unter denen Medienschaffende arbeiten, analysiert und diskutiert werden. Zu den ReferentInnen gehören unter anderem Nikolaus Brender, Chefredakteur des ZDF, sowie der ehemalige IG Medien-Vorsitzende und Jurist Detlef Henschke. •

<http://dju.verdi.de>

Fragen an



Foto: TRANSNET

einblick hat mit dem TRANSNET-Vorsitzenden Alexander Kirchner, 53, über das geplante Zusammengehen seiner Gewerkschaft mit der Verkehrsgewerkschaft GDBA gesprochen.

■ Die DGB-Gewerkschaft TRANSNET und die Beamtengewerkschaft GDBA wollen gemeinsam eine neue Verkehrsgewerkschaft

bilden. Warum die Verschmelzung – und unter welchem Dach?

■ Wir wollen im Interesse der Arbeitnehmer noch schlagkräftiger werden. Seit 2005 existiert bereits eine Tarifgemeinschaft, in den Jahren danach wurde die Kooperation weiter vertieft. 2008 haben wir die Bildungsgesellschaften zusammengeführt. Unser Beschluss ist damit auch eine logische Folge des gemeinsamen Handelns. Unsere Grundauffassung, ein Betrieb eine Gewerkschaft, wird dadurch untermauert. Alte Gräben wurden und werden zugeschüttet. In der heutigen Zeit, in der die Arbeitnehmer immer stärker unter Druck geraten, können wir uns nicht mit Zank unter Gewerkschaften aufhalten. Das Dach unserer TRANSNET ist der Bund der Gewerkschaften, der DGB, und der wird es auch bleiben.

■ Bis wann soll der Prozess hin zur neuen Gewerkschaft abgeschlossen sein?

■ Wir werden uns ausführlich mit unseren Mitgliedern und Gremien beschäftigen. Dafür wollen wir uns auch die nötige Zeit nehmen. Wir denken, dass wir zwölf bis 18 Monate brauchen werden, um die neue Gewerkschaft zu gründen. Der gesamte Prozess des

Zusammenwachsens wird sicherlich länger dauern.

■ Ihr habt angekündigt, die Mitglieder eng in den Prozess einzubinden. Wie wird das aussehen?

■ Die Mitglieder entscheiden letztlich über den Weg und die Inhalte. Es ist uns wichtig, dass sie die Anforderungen an die neue Gewerkschaft formulieren und ihre Ideen einbringen. Unter dem Titel „Werkstatt Gewerkschaft“ werden deshalb allerorten Veranstaltungen stattfinden. Wir haben aber im kommenden Jahr vor allem auch große Tarifrunden, Betriebsrats- und Aufsichtsratswahlen vor uns. Auch hier setzen wir auf Basisbeteiligung. Deshalb bündeln wir alle unsere Aktivitäten in 2010 unter dem Motto „Gewerkschaft bist Du“.

■ Wie wird die Zusammenarbeit der neuen Organisation mit anderen Gewerkschaften aussehen – sowohl innerhalb, als auch außerhalb des DGB?

■ Gewerkschaften sind kein Selbstzweck, sondern handeln im Interesse ihrer Mitglieder, sollen deren Interessen durchsetzen helfen. Deshalb ist für uns auch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften im DGB die Maxime. Die neue Verkehrsgewerkschaft richtet sich nicht gegen andere Gewerkschaften. Im Gegenteil: Wir wollen beispielsweise gemeinsam mit ver.di den Organisationsgrad in der Verkehrsbranche erhöhen.

Erfolgreicher Streik der Gebäudereiniger

„Unsichtbare“ sichtbar gemacht

Ohne Dings kein Bums. Diese Grundregel der Kommunikation galt auch für den Tarifkonflikt in der Gebäudereinigung, der nach einem zehntägigen Erzwingungsstreik Ende Oktober gelöst werden konnte. Michael Knoche-Gattringer beleuchtet als „Streik-Pressesprecher“ der IG BAU den Hintergrund des Konflikts.

Beim „Aufstand der Unsichtbaren“, wie die IG BAU den ersten bundesweiten Ausstand in der Branche nannte, spielte die **überraschend positive Berichterstattung in den Medien** eine entscheidende Rolle. Damit hatten die Unternehmer nicht gerechnet.

Die Arbeitgeber waren frühzeitig „streikbereit“ und entschlossen, **ihre vermeintliche Position der Stärke bis aufs Äußerste auszureizen**. In sechs Verhandlungsrunden seit Januar boten sie ihren Beschäftigten eine Lohnerhöhung im Wert eines angebissenen Brötchens: 24 Cent mehr sollten es am Ende sein, aber erst ab 2010, für 21 Monate. In Kauf nehmen sollte die IG Bauen-Agrar-Umwelt dafür eine Lohnpause von drei Monaten und den Verzicht auf alle übrigen Forderungen, die sich die Gebäudereiniger-Gewerkschaft auf die Fahnen geschrieben hatte: einen Generationenvertrag für die Angleichung der Ost-Einkommen an den Westen, eine betriebliche Altersvorsorge gegen Altersarmut und verbindliche Tarifverträge auch für die Angestellten.

Einzelne Firmen **diktieren schon 2008 ihren Beschäftigten neue Arbeitsverträge**, in denen für die Zeit nach Ablauf des Tarifvertrags die Lohnschraube nach unten auf 5,00 bis 6,50 Euro festgedreht werden sollte. Nach dieser rechtswidrigen Peitsche kam kurz vor Ende der Friedenspflicht das Zuckerbrot mit einer erneuten „Änderungsvereinbarung zum Arbeitsvertrag“: „Abweichend von dem ... bereits vertraglich vereinbarten Stundenlohn in Höhe von 6,00 Euro zahlt der Arbeitgeber den bisherigen Stundenlohn in Höhe von 8,15 Euro für 3 Monate unverändert weiter.“

Nach der Methode „Haltet den Dieb“ machten die Arbeitgeber außerdem mit Mitarbeiter-Rundschreiben und Pressemitteilungen die IG BAU dafür verantwortlich, dass sie mit der Kündigung der Lohn-tarifverträge auch den Mindestlohn zur Disposition gestellt habe – und für „das dadurch erst ermöglichte Lohndumping“ mit Stundenlöhnen knapp ober-

halb der Sittenwidrigkeitsgrenze. **Eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit:** Viele Journalisten sahen sich falsch informiert, was der Glaubwürdigkeit des Bundesinventionsverbands schadete.

Weder Einschüchterung noch Dumpinglohn-Drohung brachten die GebäudereinigerInnen, überwiegend Frauen, davon ab, selbstbewusst für ihre Sache zu kämpfen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die positive Berichterstattung der Medien. **Die IG BAU hat aus der Schwäche eine Stärke gemacht:** Ja, es sind „nur“ 57 000 der



Foto: Alexander Paul Englert

Michael Knoche-Gattringer, 42, ist Redakteur des „Grundstein“, der Mitgliederzeit-schrift der IG BAU.

860 000 Beschäftigten in der Branche Gewerkschaftsmitglied. Aber diese bisher für Kunden und Öffentlichkeit „Unsichtbaren“ bekamen ein Gesicht: Mit „Gipsbein und Revolverschnauze“ trat die Betriebsrätin und Gewerkschafterin Susi Neumann auf vielen Streikversammlungen und live im Fernsehen auf. „Ich putze Deutschland – seit 28 Jahren“, war ihr glaubwürdiges Bekenntnis zu einer Image-Kampagne, mit der die IG BAU lange vor dieser Tarifrunde die mittelfristige Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und einem Mindestlohn von 10 Euro un-

termauert hat. Ein medialer Bumerang war auch die erste spektakuläre Kündigung einer Kollegin in Berlin, die im Eilverfahren vorm Arbeitsgericht und quasi vor laufenden Kameras keinen Bestand hatte.

Die Anti-Streik-Strategie der Arbeitgeber ist auch **gescheitert, weil das neoliberale „union bashing“ nicht mehr verfährt**. Nicht bei denen, die wie die Reinigungskräfte am unteren Rand der Dienstleistungsgesellschaft leben. Und auch nicht bei den Eliten, die nur zu oft darüber hinweg gesehen haben, wer ihnen tagtäglich den Dreck wegmacht. Der Widerspruch ist zu offensichtlich: Weiterhin fließen Millionen-Boni an Manager, die sie in den Augen der breiten Mehrheit der Bevölkerung, auch der Journalisten, nicht verdient haben. Die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit hat keine überzeugenden Antworten auf die Legitimationskrise des Finanzmarkt-Kapitalismus. In dieses Vakuum stoßen die „Unsichtbaren“, hart arbeitende Frauen und Männer, deren Verdienst nicht reicht, um ein Auskommen zu haben ohne Hartz IV. Sie haben deutlich gemacht: Sauberkeit hat ihren Preis. Der Wind hat sich auch in den Redaktionen gedreht. **Soziale Gerechtigkeit rangiert in der Werteskala wieder weit oben.** Der Rest war sauberes Handwerk. •

Arbeitskampf der Arbeitgeber

In einem internen „Merkblatt Arbeitskampf“ entwerfen die obersten Arbeitgebervertreter im Vorfeld des Streiks ein Szenario, das sich liest wie eine Anleitung zur militärischen Aufstandsbekämpfung. Es trägt unmissverständlich die Handschrift des „union busting“, eines offenbar auch in Deutschland wachsenden Dienstleistungssektors professioneller Anti-Gewerkschafts-Agenturen. So sollten als „taktische Maßnahme“ etwa Vorgesetzte „Streikende möglichst aus dem Betrieb bzw. Objekt entfernen, um die Bildung von Solidarität zu verhindern“ und „per Kamera/Fotoapparat den gesamten Ablauf dokumentieren“.

Bei länger dauernden Streiks werden „weitere Maßnahmen“ empfohlen: „Schriftliche Aufforderung an die Privatadresse der Arbeitnehmer, die Arbeit wieder aufzunehmen mit dem Hinweis auf Streikfolgen ... Ziel: Verstärkung beginnender Streikmüdigkeit durch Einfluss der Familienangehörigen“, „Fristlose Kündigung gegenüber Rädelsführern bei wilden Streiks“ und „Voll- und Teilaussperrung bei Arbeitsbeginn ..., ggf. Polizeibereitschaft erbitten“.

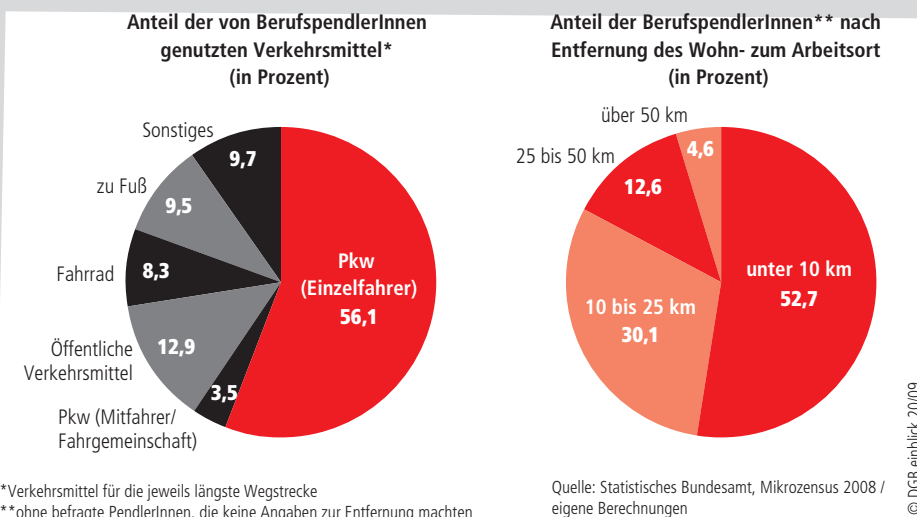
Mehr Infos zum „Putz-Streik 2009“: www.igbau.de

DIES & DAS

dieDGBgrafik

ARBEITSWEGE: Kaum Veränderung bei Verkehrsmitteln

In den vergangenen zwölf Jahren gab es bei den von BerufspendlerInnen genutzten Verkehrsmitteln lediglich marginale Veränderungen: Minimal gestiegen ist seit 1996 der Anteil der Radfahrer (0,9 Prozentpunkte), leicht gesunken der Anteil der Autofahrer (1,2 Prozentpunkte). Geändert hat sich im selben Zeitraum die durchschnittliche „Pendlerstrecke“: ArbeitnehmerInnen stellen ihre Mobilität unter Beweis, so das Statistische Bundesamt. Der Weg zur Arbeit werde weiter und dauere länger.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

16./17.11. DGB, IG BCE, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“, Hannover

16./17.11. ver.di-Landesbezirk Niedersachsen und Bildungswerk ver.di, Workshop „Betriebsräte vor der Wahl: Reflektieren, Analysieren, Optimieren“, Hannover

17./18.11. DGB, 12.Schöneberger Forum, Berlin

19.-21.11. DGB-Jugend, Bundesjugendkonferenz 2009, Göttingen

19./20.11. Hans-Böckler-Stiftung, SAMF e.V., Sozialforschungsstelle Dortmund, Tagung „Kapitalmarkt, Gütermarkt, Arbeitsmarkt – beißen den Letzten die Hunde?“, Dortmund

20.-22.11. GEW, AEED, dkv, Fachverband Ethik, Veranstaltung „Bildungsgerechtigkeit als Auftrag der Schule – Zumutung und Chance“, Lingen

21.11. ver.di-Jugend, Workshop „Meine Rechte im Arbeitsleben – Arbeits- und Sozialrecht für Studierende“, Berlin

24.11. ver.di, Sicherheitskonferenz 2009 „Gewalt am Arbeitsplatz“, Berlin

25.11. Internationaler Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen

25.11. Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen, Veranstaltung „Zwischen Therapie und Selbstheilung – Alternative Finanz- und Wirtschafts-

politik in der Diskussion“, Erfurt
27.11. DGB, Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen, Gesundheitstag „Psychische Erkrankungen – Eine Herausforderung der Ar-

beitswelt von morgen“, Düsseldorf
27./28.11. Deutsche Journalisten- und Journalistinnen-Union dju, 23. Journalistentag – „Vom Wert der Arbeit“, Berlin

Tipp

Der **DGB-Kalender 2010** ist da. In bewährter Weise präsentiert die neue Ausgabe jede Menge Infos über DGB, Gewerkschaften und gewerkschaftliche Einrichtungen. Neben dem Kalendarium gibt es viele Hintergrundinfos: wichtige Termine 2010, Mitgliederzahlen, Schlaglichter der Zeitgeschichte, Aufbau und Struktur des DGB, Tarifentwicklung, Kampagnen,

Projekte und Service-Angebote. Hilfreich für ArbeitnehmerInnen und gewerkschaftlich Aktive: Die neun Bezirksausgaben informieren über AnsprechpartnerInnen des DGB und der Gewerkschaften in den Bezirken und Regionen.

Der DGB-Kalender 2010 ist kostenlos bei den DGB-Regionen erhältlich.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Acht Wochen vor Weihnachten kann man so nicht mit Arbeitnehmern umgehen.“

Der neue Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zur Ankündigung von General Motors, Opel doch nicht an Magna zu verkaufen. einblick meint: Für den fairen Umgang mit ArbeitnehmerInnen sollte die Jahreszeit unerheblich sein.

Anhörung bei Kündigung

Erst nach Betriebsrat-Konstituierung

Nach der erstmaligen Wahl eines Betriebsrats ist der Arbeitgeber nicht ab Bekanntgabe des Wahlergebnisses, sondern erst mit Konstituierung des Betriebsrats verpflichtet, ihn zu einer Kündigung anzuhören.

**Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 24. Juni 2009 - 12 Sa 336/09**

Fristlose Kündigung

Kündigung bei unerlaubtem EDV-Zugriff

Verschafft sich ein Mitarbeiter durch einen Trick ein ihm nicht zugewiesenes Administratorrecht im betrieblichen EDV-System, so stellt dieses Verhalten einen wichtigen Grund für eine außerordentliche Arbeitgeberkündigung dar.

**Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 5. August 2009 - 11 Sa 1066/08**

Tarifvertrag öffentlicher Dienst

Zur Vergütung der Rufbereitschaft

Ordnet der Arbeitgeber an einem Kalendertag oder binnen 24 Stunden an zwei aufeinanderfolgenden Kalendertagen zwei oder mehr jeweils weniger als zwölf Stunden umfassende Rufbereitschaften an, so liegen mehrere Rufbereitschaften im Sinne des Tarifvertrages vor. Für diese Rufbereitschaften ist deshalb lediglich eine Stundenvergütung von 12,5 v.H. des tariflichen Stundenentgelts und nicht die Tagespauschale zu zahlen.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. Februar 2009 - 6 AZR 114/08**

Gleichbehandlungsgesetz I

Bei Verstoß Entschädigung

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz untersagt Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Benachteiligt ein Arbeitgeber eine ArbeitnehmerIn unter Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot, hat die ArbeitnehmerIn einen Anspruch auf eine angemessene Entschädigung wegen des erlittenen Nichtvermögensschadens. Es kommt nicht darauf an, ob der Arbeitgeber schuldhaft gehandelt hat.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 15. Januar 2009 - 8 AZR 906/07**

Gleichbehandlungsgesetz II

Mitbestimmung bei Beschwerdestelle

Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz hat der Arbeitgeber den Beschäftigten eine für Beschwerden zuständige Stelle zu benennen. Bei der Einführung und Ausgestaltung des Verfahrens, in dem Arbeitnehmer ihr Beschwerderecht wahrnehmen können, hat der Betriebsrat mitzubestimmen. Er hat insoweit auch ein Initiativrecht. Kein Mitbestimmungsrecht besteht bei der Frage, wo der Arbeitgeber die Beschwerdestelle errichtet und wie er sie personell besetzt.

**Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 21. Juli 2009 - 1 ABR 42/08**

Rentenversicherungsrecht

Bei Versorgungsehe keine Rente

Hat eine Ehe nicht mindestens ein Jahr gedauert, wird eine Versorgungsehe gesetzlich vermutet. Die Folge: kein Anspruch auf Witwenrente. Die gesetzliche Vermutung kann aber widerlegt werden.

Der Fall: Der jetzt 48-jährige Mann lernte seine Ehefrau im März 1998 kennen. Ende 1998 zog er zu ihr und ihrem Sohn. Im Februar 2000 wurden bei der Frau Hautkrebs festgestellt, ein bösartiger Tumor am Kopf entfernt und im Juni 2002 Metastasen diagnostiziert. Einen Monat danach fand die Hochzeit statt. Die begonnene Adoption des Sohnes der Frau durch den Mann scheiterte. Im August 2002 zog die Ehefrau zu ihrer Mutter und verstarb im November 2002. Den Antrag auf Hinterbliebenenrente lehnte die Rentenversicherung ab. Die gesetzliche Vermutung einer Versorgungsehe sei nicht widerlegt worden.

Das Landessozialgericht: Die gesetzliche Vermutung einer Versorgungsehe bei einer unter einjährigen Ehedauer kann zwar widerlegt werden, wobei alle zur Eheschließung führenden Motive der Ehegatten zu berücksichtigen sind. Lässt sich allerdings nicht mehr sicher feststellen, dass andere als Versorgungsgründe für die Heirat prägend gewesen seien, geht dies zu Lasten des Renten Antragstellers. Für eine Versorgungsehe spricht im konkreten Fall die schwere Krebserkrankung. Die Eheleute haben zum Zeitpunkt der Heirat gewusst, dass der baldige Tod der Ehefrau wahrscheinlich war. Die begonnene, von den Eheleuten aber nicht ernsthaft weiterverfolgte Adoption schließt die finanzielle Versorgung als überwiegendes Heiratsmotiv nicht aus. Da der Mann nur über Arbeitslosengeld als Einkommen verfügte, sind auch die finanziellen Verhältnisse kein Gesichtspunkt, der die vermutete Versorgungsabsicht entkräften kann.

**Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 31. Juli 2009 - L 5 R 240/05**

Betreuungskosten

Neue Rechtslage ist zu berücksichtigen

Demente oder psychisch erkrankte Versicherte, die hinsichtlich Körperpflege, Nahrungsaufnahme und Mobilität noch weitgehend selbstständig sind, werden regelmäßig nicht in Pflegestufe 1 eingestuft. Sie erhalten daher trotz des hohen Aufsichts- und Betreuungsbedarfs kein Pflegegeld. Allerdings hat der Gesetzgeber den Anspruch auf Erstattung von Betreuungskosten erweitert.

Der Fall: Der 62-jährige Mann leidet unter anderem an paranoider Schizophrenie. Er wird von seiner Schwester als gesetzliche Betreuerin versorgt. Der Zeitaufwand für die Grundpflege wurde auf 33 Minuten täglich bestimmt. Für die Pflegestufe 1 müssten jedoch 45 Minuten auf die Grundpflege entfallen. Daher hat die Pflegeversicherung den Antrag auf Pflegegeld abgelehnt.

Das Landessozialgericht: Die Voraussetzungen für die Pflegestufe I sind nicht gegeben. In diesem Zusammenhang ist aber auf Folgendes hinzuweisen: Durch die gesetzliche Änderung der Pflegeversicherung vom Mai 2008 ist der Anspruch auf Erstattung von Betreuungskosten erweitert worden. Hiermit hat der Gesetzgeber auf die Kritik reagiert, dass dem Hilfebedarf geistig behinderter Menschen nicht hinreichend Rechnung getragen werde. Der Leistungsbeitrag für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz kann nun auch von Personen mit Betreuungsbedarf beansprucht werden.

**Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 27. August 2009 - L 8 P 35/07**